



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 136 • Die Woche im Bundestag • 17.05.2013

Die Alternativen werden klar

Mit dem Abschluss dieser Sitzungswoche liegen nur noch drei Sitzungswochen in dieser Wahlperiode vor uns.

Schon vor Ende der Wahlperiode ist klar: Es waren vier gute Jahre für unser Land. Unser Ziel ist und bleibt, dass nicht nur Deutschland, sondern auch Europa nach der Krise besser dastehen soll als zuvor.

Deswegen arbeiten wir weiter unbeirrt an der Verbesserung und Durchsetzung der Regeln für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität in Europa. Wir wollen nicht, dass sich Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir wollen auch nicht, dass Schulden der Vergangenheit in Europa vergemeinschaftet werden.

Und wir wissen, dass Europa mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist ein Kontinent der Freiheit, der Demokratie, des Rechts – also eine Wertegemeinschaft, die man nicht um kurzfristiger politischer Vorteile willen auf's Spiel setzen darf. Europa ist bei unserer Bundeskanzlerin in guten Händen.

Während wir weiter mit Augenmaß für unser Land arbeiten, schaltet die Opposition schon auf Wahlkampfmodus und überbietet sich mit immer neuen Plänen zur Volkserziehung - und verwirrt das Land. So will der Chef der SPD Tempo 120 auf Autobahnen, seine Partei hatte aber Tempo 130 beschlossen und ihr Kanzlerkandidat hält das alles nicht für sinnvoll.

Die Grünen setzen noch eins drauf und wollen flächendeckend Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 30 in der Stadt. Da ist nur eins klar: So kommt unser Land nicht voran.

Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Immer mehr Experten und Bürger rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen.

Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen, nicht einmal Familien würden geschont. Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zuerst einmal alle 82 Millionen Bundesbürger flächeneckend auf Vermögen überprüfen. Auch das verschweigen SPD und Grüne.

Neue Grundordnung für Banken steht

In dieser Woche haben wir nicht weniger als eine neue Grundordnung für Banken beschlossen. Nach intensiven Vorarbeiten verleihen wir unserer Überzeugung gesetzlich Nachdruck, wonach Haftung und Verantwortung auch an den Finanzmärkten nicht umgangen werden dürfen.

Wir treten damit entschieden für die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft ein. Im Zentrum steht die Umsetzung der international verhandelten Basel-III-Regeln mit ihren schärferen Finanzierungsvorschriften sowie stärkeren Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten.

Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte haben sich höheren Qualitätsanforderungen zu stellen. Auch werden variable Vergütungen gedeckelt, um Auswüchse zu begrenzen.

Ein weiterer wichtiger Baustein in unserer Bankenregulierungspolitik ist die Verabschiedung eines nationalen Trennbankengesetzes.

Wir sorgen damit für eine verbesserte Absicherung des Kundengeschäfts von Risiken aus spekulativen Geschäften. Zudem müssen die Banken Pläne für ihre eigene Sanierung und Abwicklung vorweisen, sogenannte Bankentestamente.

Das Argument, eine Bank sei zu groß oder zu vernetzt für eine Insolvenz, verliert an Bedeutung. Damit verleihen wir dem internationalen Regulierungsprozess weitere Impulse.

Durchbruch für die Endlagersuche

In dieser Woche haben wir uns in erster Lesung mit einem umwelt- und energiepolitischen Meilenstein beschäftigt, dem Standortauswahlgesetz. Möglich wurde dieser Durchbruch, der endlich Bewegung für die Festlegung eines Endlagers für radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken aus Deutschland bringt, durch eine historische Einigung.

Bund und Länder haben unter der Leitung von Bundesumweltminister Altmaier die Grundlage für eine an der Sache orientierte Lösung gelegt. Mit dem Gesetz wird daher nicht nur die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle angegangen, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aussöhnung erreicht.

Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung von einzelnen Standorten. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Es gilt das Prinzip der „weißen Landkarte“, will sagen: Die Suche ist ergebnisoffen, ohne Vorfestlegungen oder Vorab-Ausschluss bestimmter Standorte. Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann der Bau des Endlagers starten.

Konjunktur nimmt an Fahrt auf

Die deutsche Wirtschaft wird nach einer Wachstumsdelle im vergangenen Winterhalbjahr im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,75% und 2014 um gut 1,5% wachsen.

So lautet die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die von der Frühjahrsumfrage des Instituts zusätzlich untermauert wird.

Der Frühjahrsumfrage zufolge beurteilen die rund 3.000 befragten Unternehmen in Deutschland ihre aktuelle Lage besser als noch im Herbst 2012.

Ebenso gehen 37% der befragten Unternehmen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus, während nur 18% eine geringere Produktionsleistung erwarten.

Durch die gute Konjunktur planen weiterhin auch 29% der Unternehmen, im laufenden Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Nur 19% gehen von einem Personalabbau aus. Somit werden in diesem Jahr voraussichtlich 270.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Sozialer Ausgleich in Deutschland funktioniert

Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zufolge geht die Behauptung, die Einkommen und Vermögen in Deutschland seien zunehmend ungleich verteilt, an der Realität vorbei.

Bei den staatlichen Transferleistungen liege die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf Platz 6 jener Länder, in denen die unteren Einkommensbereiche am meisten profitierten. Deren Nettoeinkommen bestehe zu über 60 Prozent aus Transferleistungen. Nicht zutreffend sei ferner die Kritik, der Niedriglohnsektor werde immer größer. Sein Anteil stagniere vielmehr seit 2007 bei rund 22 Prozent.

Auch die Zahl der sogenannten Hartz-IV-Aufstocker und damit der Menschen, die von ihrer Vollzeittätigkeit nicht leben könnten, sei in den vergangenen Jahren um 50.000 auf 290.000 im Jahr 2011 gesunken.

Positiv anzumerken bleibe weiter, dass der soziale Aufstieg durch Bildung in Deutschland nach wie vor Realität sei. Knapp ein Drittel der Personen zwischen 35 und 44 Jahren seien gemessen am Bildungsabschluss ihres Vaters Bildungsaufsteiger. Fast 20 Prozent der Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten hätten einen Uni-Abschluss oder gingen zur Hochschule – ein Viertel mehr als noch in den 1990er Jahren.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)